

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
A. Rechtfertigung des Themas	1
B. Gang der Darstellung	3
Kapitel 1: Allgemeine Grundlagen des europäischen Umsatzsteuerrechts.....	5
A. Die Entwicklung hin zu einer Allphasen-Netto-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug	5
I. Die Allphasen-Brutto-Umsatzsteuer in Deutschland bis 1967	5
II. Das Harmonisierungsziel der Wettbewerbsneutralität.....	8
III. Das Harmonisierungsziel der gleichmäßigen Verbrauchsbelastung.....	22
IV. Fazit.....	23
B. Charakterisierung der Umsatzsteuer	23
I. Vorüberlegungen.....	23
II. Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Fundamentalprinzip der Umsatzsteuer	26
III. Die Umsatzsteuer als allgemeine Verbrauchsteuer.....	42
IV. Verwirklichung des Bestimmungslandprinzips im Umsatzsteuerrecht	54
V. Die Umsatzsteuer und ihre systemimmanente Neutralität.....	57
Kapitel 2: Die Neutralität als europäisches Besteuerungsprinzip – Inhalt und Herleitung	61
A. Ausprägungen des Grundsatzes der steuerlichen Neutralität in der Rechtsprechung des EuGH.....	61

I. „Belastungsneutralität“ bei Eingangsumsätze durch Entlastung von den Vorsteuern	61
II. „Wettbewerbsneutralität“ bei Ausgangsumsätze durch gleiche Besteuerung	96
III. Fazit.....	132
B. Rechtsgrundlagen der Neutralität	135
I. Normierung der Neutralität in den Richtlinien	135
II. Die Neutralität als Konkretisierung des Gleichheitssatzes	145
III. Die Neutralität als Ausprägung der Freiheitsgrundrechte des Unternehmers.....	198
IV. Vorgaben des AEUV als primärrechtliche Kodifizierung der äußen Neutralität	211
V. Fazit.....	223
Kapitel 3: Der Umgang mit Neutralitätsverletzungen.....	225
A. Die Rechtsprechung des EuGH	225
I. Qualifizierung des Neutralitätsgrundsatzes durch den EuGH	225
II. Dogmatisch gebotener Umgang mit Neutralitätsverletzungen	237
B. Die Rechtsprechung der deutschen Finanzgerichte	251
I. Der Einfluss des Unionsrechts auf das nationale Umsatzsteuerrecht	252
II. Die Neutralität in der Rechtsprechung der nationalen Finanzgerichte, insbesondere des BFH	260
III. Dogmatisch gebotener Umgang mit Neutralitätsverletzungen	266
Kapitel 4: Schlussthesen.....	281
Literaturverzeichnis	291

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
A. Rechtfertigung des Themas	1
B. Gang der Darstellung	3
Kapitel 1: Allgemeine Grundlagen des europäischen Umsatzsteuerrechts.....	5
A. Die Entwicklung hin zu einer Allphasen-Netto-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug	5
I. Die Allphasen-Brutto-Umsatzsteuer in Deutschland bis 1967	5
II. Das Harmonisierungsziel der Wettbewerbsneutralität.....	8
1. Konkrete Ziele	8
a. Verzerrungsfreier innergemeinschaftlicher Handel	8
b. Beseitigung der kumulativen Wirkung der Brutto- Umsatzsteuer.....	11
c. Fazit.....	12
2. Konkrete Maßnahmen	13
a. Einführung des Netto-Allphasensystems.....	13
b. Harmonisierung der Bemessungsgrundlage	15
c. Harmonisierung zur Vollendung des Binnenmarktes	18
d. Ausblick.....	19
III. Das Harmonisierungsziel der gleichmäßigen Verbrauchsbelastung.....	22
IV. Fazit.....	23
B. Charakterisierung der Umsatzsteuer	23
I. Vorüberlegungen.....	23
1. Rechtsprinzipien und inneres System.....	23

2.	Die vier wesentlichen Merkmale der Umsatzsteuer nach Rechtsprechung des EuGH	25
II.	Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Fundamentalprinzip der Umsatzsteuer	26
1.	Das Leistungsfähigkeitsprinzip in der nationalen Steuerrechtsordnung	26
a.	Herleitung und Inhalt	26
aa.	Gleichheitssatz	27
bb.	Sozialstaatsprinzip	27
cc.	Freiheitsgrundrechte	28
dd.	Fazit	30
b.	Geltung des Leistungsfähigkeitsprinzips im Umsatzsteuerrecht	30
2.	Das Leistungsfähigkeitsprinzip in der europäischen Steuerrechtsordnung	35
a.	Herleitung aus dem Primärrecht	35
aa.	Gleichheitssatz	36
bb.	Weitere Wertentscheidungen der EU-Grundrechte	36
cc.	Grundfreiheiten	38
dd.	Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten	39
ee.	Fazit	40
b.	Vorgaben für die Ausgestaltung des Umsatzsteuerrechts	40
III.	Die Umsatzsteuer als allgemeine Verbrauchsteuer	42
1.	Verbrauch- oder Verkehrsteuer?	42
a.	Der Meinungsstreit in der nationalen Steuerrechtswissenschaft	42
aa.	Verkehrsteuer	42
bb.	Wertschöpfungsteuer	44
cc.	Verbrauchsteuer	44
dd.	Umsatzsteuerverständnis des nationalen Rechts und der nationalen Gerichte	45
b.	Stellungnahme	48

aa.	Die materiell-rechtliche Ausgestaltung der Umsatzsteuer als indirekte Steuer	48
bb.	Umsatzsteuerverständnis der europäischen Richtlinien und des EuGH.....	50
cc.	Schlussfolgerungen aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip	51
dd.	Fazit.....	52
2.	Vorgaben für die Ausgestaltung und Auslegung des Umsatzsteuerrechts	53
IV.	Verwirklichung des Bestimmungslandprinzips im Umsatzsteuerrecht	54
1.	Schlussfolgerung aus dem Leistungsfähigkeits- und Verbrauchsteuerprinzip	55
2.	Das europäische Regelungssystem	56
V.	Die Umsatzsteuer und ihre systemimmanente Neutralität.....	57
1.	Begriff der Neutralität.....	57
2.	Neutralität der Umsatzsteuer als Folge der Belastungskonzeption.....	59

Kapitel 2: Die Neutralität als europäisches Besteuerungsprinzip – Inhalt und Herleitung

A.	Ausprägungen des Grundsatzes der steuerlichen Neutralität in der Rechtsprechung des EuGH.....	61
I.	„Belastungsneutralität“ bei Eingangsumsätze durch Entlastung von den Vorsteuern	61
1.	Vorsteuerabzug.....	61
a.	Keine Kumulation der Vorsteuern als <i>Ziel</i>	61
b.	Belastungsneutralität als <i>Mittel</i>	62
aa.	Umfang: Vollständige Entlastung.....	64
(1)	Vorsteuerabzug bei gemischt genutzten Gegenständen	64
(a)	Lennartz, Seeling und Puffer	64
(b)	Neue Rechtslage und Kritik.....	66
(2)	Vorsteuerabzug bei Personenmehrheiten	68
bb.	Zeitpunkt: Grundsatz des Sofortabzugs	68

(1)	Vorsteuerüberschuss	68
(2)	Vorbereitungshandlungen	69
(3)	Relativierung und Kritik	70
cc.	Voraussetzung: Zusammenhang mit steuerpflichtigem Ausgangsumsatz	72
(1)	Grundsatz.....	72
(2)	Eingangsumsatz vor Ausgangsumsatz.....	73
(3)	Verwendung für besteuerte Ausgangsumsätze.....	74
(4)	Pro-rata-Vorsteuerabzug bei teils steuerfreien, teils steuerpflichtigen Ausgangsumsätzen.....	74
(a)	Bestimmung des Pro-rata-Satzes.....	74
(b)	Pro-rata-Vorsteuerabzug bei allgemeinen Aufwendungen	79
(5)	Nachweiserfordernisse für das Bestehen eines Zusammenhangs	80
(6)	Relativierungen	83
(a)	Vorwirkung der steuerpflichtigen Tätigkeit: Der erfolglose Unternehmer	83
(b)	Nachwirkung der steuerpflichtigen Tätigkeit.....	84
dd.	Einschränkungen	85
(1)	Grundsatz: Uneinschränkbarkeit	85
(2)	Relativierungen: Zulässigkeit von Einschränkungen.....	86
2.	Unentgeltliche Wertabgaben.....	87
a.	Keine Vorsteuerentlastung bei privaten Aufwendungen als <i>Ziel</i>	87
b.	Steuerpflicht der unentgeltlichen Wertabgabe als <i>Mittel</i>	88
3.	Gebot der äußeren Neutralität bei Eingangsumsätzen	91
4.	Grundsatz des Gutglaubensschutzes beim Vorsteuerabzug.....	93
II.	„Wettbewerbsneutralität“ bei Ausgangsumsätzen durch gleiche Besteuerung	96
1.	Das Ziel der Wettbewerbsneutralität durch Gleichbehandlung.....	96
2.	Neutralität hinsichtlich des Leistungserbringers	97

a.	Rechtsformneutralität	97
b.	Strukturneutralität.....	98
c.	Die Privilegierung der öffentlichen Hand.....	100
d.	Die Regelung der Organschaft.....	102
3.	Wertneutralität	106
a.	Absolut illegaler Bereich	107
b.	Relativer illegaler Bereich.....	108
4.	Neutralität hinsichtlich gleichartiger Leistungen	110
a.	Fallgruppen	110
aa.	Anwendungsbereich	110
(1)	Holdinggesellschaften.....	110
(2)	Factoring	112
bb.	Steuerbefreiungen.....	112
cc.	Steuerermäßigungen	115
b.	Definition der Gleichartigkeit durch den EuGH	116
aa.	Befriedigung derselben Verbraucherbedürfnisse	117
bb.	Charakter der Leistung als Maßstab	119
5.	Entgeltlichkeit, Bemessungsgrundlage und gleichmäßige Steuererhebung	120
a.	Entgeltlichkeit als Tatbestandsmerkmal der Steuerbarkeit	120
b.	Gebot der vollständigen und exakten Erfassung der Bemessungsgrundlage	121
aa.	Untrennbare Nebenleistungen.....	121
bb.	Änderung der Bemessungsgrundlage, insbesondere Herstellerrabatte	122
c.	Gebot der gleichmäßigen Steuererhebung	125
aa.	Verbot einer Steueramnestie	125
bb.	Rundungsmethode und Anrechnung auf andere Abgaben	125
6.	Gebot der äußeren Neutralität bei Ausgangsumsätze.....	126
7.	Grundsatz des Gutglaubensschutzes und Nachweispflichten bei innergemeinschaftlichen Lieferungen	127

a.	Gutglaubensschutz	128
b.	Substance-over-form- <i>Prinzip</i>	129
8.	Berichtigung und Erstattung von zu Unrecht gezahlter Umsatzsteuer.....	130
III.	Fazit.....	132
B.	Rechtsgrundlagen der Neutralität	135
I.	Normierung der Neutralität in den Richtlinien	135
1.	Die Erste und Zweite MwStRL	135
2.	Die Sechste MwStRL	138
3.	Die MwStSystRL	141
4.	Die Neutralität als Auslegungsargument	143
a.	Teleologisch-systematische Auslegung.....	143
b.	Historische Auslegung.....	145
II.	Die Neutralität als Konkretisierung des Gleichheitssatzes	145
1.	Vorab: Bindungswirkung der GRCh im Bereich des Umsatzsteuerrechts	145
a.	Unionsgrundrechte als Prüfungsmaßstab des Sekundärrechts.....	146
b.	Unionsgrundrechte und/oder nationale Grundrechte als Prüfungsmaßstab mitgliedstaatlicher Umsetzungsakte?.....	149
aa.	Die Ansicht des BVerfG, insbesondere die <i>Schwarzwaldklinik</i> -Entscheidungen.....	149
bb.	Die Ansicht des EuGH, insbesondere die <i>Åkerberg-Fransson</i> -Entscheidung	152
cc.	Stellungnahme und Schlussfolgerungen für die Überprüfung nationaler Umsatzsteuergesetze.....	156
2.	Einfluss des Art. 3 Abs. 1 GG auf die nationale Steuerrechtsordnung.....	160
a.	Leistungsfähigkeitsprinzip	161
b.	Folgerichtigkeit	161
c.	Wettbewerbsneutralität	163
aa.	Die Wettbewerbsneutralität in der Rechtsprechung des BVerfG.....	164
bb.	Die Wettbewerbsneutralität als Verfassungsprinzip?.....	167

3.	Der Einfluss des unionsrechtlichen Gleichheitssatzes auf die europäische Umsatzsteuer: Grundsatz der Neutralität.....	169
a.	Die Neutralität bei Ausgangsumsätze	171
aa.	Verhältnis des Gleichheitssatzes zur Neutralität aus Sicht des EuGH	171
bb.	Würdigung der Sicht des EuGH unter Einbeziehung umsatzsteuerlicher Prinzipien	173
(1)	Wechselbeziehung zwischen Neutralität und Verbrauchsteuerprinzip	175
(2)	Wechselbeziehung zwischen Neutralität und Leistungsfähigkeitsprinzip	178
(3)	Beispiel	181
b.	Die Neutralität bei Eingangsumsätze	183
aa.	Verhältnis des Gleichheitssatzes zur Neutralität aus Sicht des EuGH.....	183
bb.	Würdigung der Sicht des EuGH unter Einbeziehung umsatzsteuerlicher Prinzipien	186
(1)	Wechselbeziehung zwischen Neutralität und Verbrauchsteuerprinzip	187
(2)	Wechselbeziehung zwischen Neutralität und Leistungsfähigkeitsprinzip	189
(3)	Beispiele	191
c.	Fazit.....	196
III.	Die Neutralität als Ausprägung der Freiheitsgrundrechte des Unternehmers.....	198
1.	Schutz des Unternehmers durch das Grundgesetz.....	198
a.	Art. 12 Abs. 1 GG	198
b.	Art. 14 Abs. 1 GG	201
c.	Art. 9 Abs. 1 GG	203
2.	Der Schutz des Unternehmers durch die GRCh, insbesondere durch Art. 16 GRCh	206
a.	Schutzbereich.....	208
b.	Eingriff durch Durchbrechung der Neutralität	211
IV.	Vorgaben des AEUV als primärrechtliche Kodifizierung der äußeren Neutralität	211

1.	Das Diskriminierungsverbot aus Art. 110 AEUV	213
a.	Anwendungsbereich und Gewährleistungsgehalt	214
b.	Diskriminierung durch Durchbrechung der äußereren Neutralität	215
2.	Die Dienstleistungsfreiheit aus Art. 56 AEUV	219
a.	Anwendungsbereich und Gewährleistungsgehalt	219
b.	Eingriff durch Durchbrechung der äußereren Neutralität	220
3.	Das Beihilfeverbot aus Art. 107 AEUV	221
V.	Fazit	223
 Kapitel 3: Der Umgang mit Neutralitätsverletzungen		225
A.	Die Rechtsprechung des EuGH	225
I.	Qualifizierung des Neutralitätsgrundsatzes durch den EuGH	225
1.	Rang von rechtlichen Grundsätzen allgemein	225
a.	Allgemeine Rechtsgrundsätze	225
b.	Sonstige Grundsätze	228
2.	Die Einordnung des Grundsatzes der Neutralität	229
a.	Prüfung von Sekundärrecht am Neutralitätsgrundsatz	230
aa.	Die Neutralität bei Ausgangsumsätze	230
bb.	Die Neutralität bei Eingangsumsätze	233
b.	Prüfung nationaler Umsetzungsakte am Neutralitätsgrundsatz	235
II.	Dogmatisch gebotener Umgang mit Neutralitätsverletzungen	237
1.	Die Neutralität als Ausprägung des Gleichheitssatzes	241
2.	Die Neutralität als Ausprägung der Freiheitsgrundrechte	244
3.	Die äußere Neutralität	247
4.	Prüfungsschema	250

B. Die Rechtsprechung der deutschen Finanzgerichte	251
I. Der Einfluss des Unionsrechts auf das nationale Umsatzsteuerrecht	252
1. Unionsrechtskonforme Auslegung	252
2. Unmittelbare Wirkung und Anwendbarkeit	254
3. Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH (Art. 267 AEUV)	258
II. Die Neutralität in der Rechtsprechung der nationalen Finanzgerichte, insbesondere des BFH	260
1. Neutralität bei Eingangsumsätze	260
a. Der erfolglose Unternehmer	261
b. Der Gutgläubenschutz beim Vorsteuerabzug	261
c. Verzinsung von Umsatzsteuernachforderungen	262
2. Neutralität in Bezug auf Ausgangsumsätze	264
a. Steuerbefreiungen und -ermäßigung	264
b. Der Umgang des BFH mit Neutralitätsverletzungen durch nationale Vorschriften	265
III. Dogmatisch gebotener Umgang mit Neutralitätsverletzungen	266
1. Prüfung von Richtlinienbestimmungen am Neutralitätsgrundsatz	267
2. Prüfung von Vorschriften des UStG am Neutralitätsgrundsatz	269
a. Vorlage an den EuGH	269
b. Die Rolle des BVerfG	271
aa. Nationale Vorschrift beruht auf zwingenden Richtlinienvorgaben	271
bb. Nationale Vorschrift füllt Gestaltungsspielraum des nationalen Gesetzgebers	273
(1) Gestaltungsspielraum?	273
(2) Verhältnis der Vorlage an das BVerfG zur Vorabentscheidung des EuGH?	275
(3) Prüfung von Neutralitätsverletzungen am Maßstab der nationalen Grundrechte	276

Kapitel 4: Schlussthesen.....	281
Literaturverzeichnis	291